

1732/AB
vom 04.07.2025 zu 1824/J (XXVIII. GP)

bmimi.gv.at

■ Bundesministerium
 Innovation, Mobilität
 und Infrastruktur

Peter Hanke
 Bundesminister

An den
 Präsidenten des Nationalrates
 Dr. Walter Rosenkranz
 Parlament
 1017 Wien

ministerbuero@bmimi.gv.at
 +43 1 711 62-658000
 Radetzkystraße 2, 1030 Wien
 Österreich

Geschäftszahl: 2025-0.356.851

04. Juli 2025

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Schnedlitz und weitere Abgeordnete haben am 06. Mai 2025 unter der **Nr. 1824/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Druck und Maßnahmen aufgrund der Verweigerung einer COVID-Impfung in Ihrem Ressort an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 7:

- *Wurde seitens Ihres Ressorts jemals die COVID-19-Impfung aktiv von Bediensteten verlangt oder erwartet?*
 - a. *Wenn ja, ab welchem Zeitpunkt und über welchen Zeitraum hinweg?*
 - b. *Wenn ja, in welcher Form erfolgte diese Erwartung bzw. Anordnung (schriftlich, mündlich, über Rundschreiben etc.)?*
 - c. *Wenn ja, mit welchen Argumenten oder Begründungen wurde dies intern kommuniziert?*
- *Wurden Bedienstete Ihres Ressorts in irgendeiner Weise unter Druck gesetzt, sich gegen COVID-19 impfen zu lassen?*
 - a. *Wenn ja, wie konkret wurde dieser Druck ausgeübt (z.B. durch Vorgesetzte oder interne Schreiben)?*
 - b. *Welche Formen von direktem oder indirektem Zwang wurden dokumentiert oder gemeldet?*
- *Kam es zu dienstrechtlichen oder sonstigen Konsequenzen für Bedienstete, die sich nicht impfen ließen?*
 - a. *Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen wurden ergriffen (z.B. Versetzung, Ausschluss von internen Bewerbungen, Verweigerung von Fortbildungen, negative Leistungsbeurteilungen etc.)?*
- *Gab es Einschränkungen im Dienstbetrieb oder bei der Tätigkeit der betroffenen Personen (z.B. Zugang zu Dienststellen, Teilnahme an Besprechungen, Homeoffice-Zwang)?*

- a. Wenn ja, wie viele Personen waren davon betroffen?
- Wurde innerhalb Ihres Ressorts intern dokumentiert, wer geimpft bzw. nicht geimpft ist?
 - a. Wenn ja, auf welcher rechtlichen Grundlage erfolgte diese Erhebung?
 - b. Wenn ja, wie wurden diese sensiblen Daten gespeichert und wer hatte Zugriff?
- Wurden Bewerberinnen und Bewerber bei Stellenausschreibungen benachteiligt oder ausgeschlossen, wenn sie keinen COVID-19-Impfnachweis vorlegen konnten oder wollten?
- Wurden Bedienstete Ihres Ressorts, die sich nicht impfen ließen, öffentlich oder intern diskriminiert, stigmatisiert oder anderweitig unter Druck gesetzt?
 - a. Wenn ja, wie viele Fälle dieser Art wurden bekannt oder gemeldet?
 - b. Wenn ja, welche Maßnahmen wurden gegebenenfalls gesetzt, um solche Missstände zu unterbinden?

In meinem Ressort wurden COVID-19-Impfungen durchgeführt. Es handelte sich um ein unverbindliches Angebot an alle Mitarbeiter:innen. Die Teilnahme basierte auf absoluter Freiwilligkeit und die Bediensteten wurden selbstverständlich in keiner Weise unter Druck gesetzt, sich gegen COVID-19 impfen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Hanke

